



SOPHIE LANGE

Deutsch-deutsche Umweltpolitik 1970–1990.
Eine Verflechtungsgeschichte im internationalen und
gesellschaftlichen Kontext des Kalten Krieges
(Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 140)

De Gruyter Oldenbourg | Berlin/Boston 2024
489 Seiten, gebunden | 69,95 €
ISBN 9783111086200

rezensiert von

MARTIN BEMMANN, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Als die westdeutsche Bundesregierung, die Ministerpräsidenten mehrerer Bundesländer, Industrievertreter*innen und auch der Bundespräsident den ostdeutschen Staatschef Erich Honecker im September 1987 offiziell empfangen und »hofiert[en]« (Petra Weber)¹, war das nicht nur eine persönliche Genugtuung für den aus dem Saarland stammenden Kommunisten sowie der Gipfel jahrzehntelanger diplomatischer Bemühungen seitens der DDR um Anerkennung. Der Besuch des SED-Generalsekretärs markierte auch den Höhepunkt von Verhandlungen zur Ausgestaltung der deutsch-deutschen Umweltbeziehungen, die im engeren Sinne seit den späten 1960er-Jahren geführt worden waren. Denn im Zuge des Besuchs unterzeichneten die Regierungen beider deutschen Staaten eine Vereinbarung über die »weitere Gestaltung der Beziehungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes«.

Sophie Lange will in ihrem Buch nachzeichnen, wie es zu der Vereinbarung von 1987 kam und sie fragt »nach den generellen Beziehungen« beider Länder »im Bereich der Umweltpolitik« (S. 4). Sie führt damit zum einen den seit einigen Jahren anhaltenden Forschungstrend fort, die DDR-Umweltgeschichte von dem einseitig negativen Fokus auf die Umweltverschmutzung zu emanzipieren (ohne diese wegdiskutieren zu wollen!) und die ostdeutsche Entwicklung in breitere europäische Kontexte einzubinden. Zum anderen ist es ihr Anliegen, fokussiert auf umweltpolitische Beziehungen eine Verflechtungsgeschichte beider deutscher Gesellschaften zu verfassen, wie sie immer wieder eingefordert wurde. Beiden Ansprüchen wird sie gerecht.

Neben Arbeiten von Tobias Huff, Christian Möller oder Martin Stief, die sich ganz auf umweltbezogene Aspekte in der DDR konzentrieren², knüpft Lange vor allem an Studien wie etwa jene von Julia Ault, Astrid Eckert oder Frank Uekötter an, die die deutsch-deutschen

¹ Petra Weber, *Getrennt und doch vereint. Deutsch-deutsche Geschichte 1945–1989/90*, Berlin 2020, S. 870.

² Vgl. Tobias Huff, *Natur und Industrie im Sozialismus. Eine Umweltgeschichte der DDR*, Göttingen 2015; Christian Möller, *Umwelt und Herrschaft in der DDR. Politik, Protest und die Grenzen der Partizipation in der Diktatur*, Göttingen 2020; Martin Stief, »Stellt die Bürger ruhig«. Staatssicherheit und Umweltzerstörung im Chemierevier Halle-Bitterfeld, Göttingen 2019.

Verflechtungen im Umweltbereich in den Blick nehmen.³ Viele Debatten und Verhandlungen, die sie in den Fokus rückt, haben die genannten Autor*innen bereits behandelt. Das betrifft etwa die Auseinandersetzungen um die durch den Kalibergbau versalzte Werra, um die Mülldeponie Schönberg in Mecklenburg oder um Luftreinhaltung, es betrifft aber auch die Beziehungen zivilgesellschaftlicher Akteure aus der Bundesrepublik zu Umweltaktivist*innen sowie Umweltbehörden und -verbänden in der DDR.

Langes Arbeit besticht jedoch durch ihre intensive Nutzung einer breiten, vor allem archivalischen Quellenbasis, mit deren Hilfe sie die Komplexität der Verhandlungen zwischen Akteuren aus Ost und West verdeutlichen kann. Sie betrachtet das Interagieren staatlicher, zivilgesellschaftlicher und wirtschaftlicher Akteure und interessiert sich für die Dynamiken, die sich durch die Überschneidung von Auseinandersetzungen auf der lokalen, regionalen, zwischenstaatlichen und internationalen Ebene ergaben. Insbesondere die Wechselverhältnisse zwischen westdeutschen Bundesländern und der Bundesregierung in Bonn in ihren Verhandlungen mit ostdeutschen Akteuren verdeutlichen, dass die Annahme ›bilateraler‹ Aushandlungsprozesse der Realität nicht gerecht wird. Dass sich die Wasserqualität des kleinen grenzüberschreitenden Flusses Röhden/Röden Anfang der 1980er-Jahre verbessern konnte, hatte beispielsweise sehr viel mit den Eigeninteressen der bayerischen Landesregierung zu tun, die diese gegenüber Bonn und Ost-Berlin zugleich verfolgte. Im Gegensatz dazu war die westdeutsche Kali + Salz AG nicht ganz unschuldig daran, dass die Verhandlungen über die Werra nie wirklich greifbare Resultate zeitigten. Obendrein offenbart Lange mit dieser mehrdimensionalen Betrachtung, dass die deutsch-deutschen Umweltverhandlungen kaum jemals in den 1970er- und 1980er-Jahren zum Erliegen kamen.

Nachdem beide Regierungen den Grundlagenvertrag unterzeichnet hatten, begannen sie im November 1973 bilaterale Verhandlungen über ein deutsch-deutsches Umweltabkommen. Trotz eines vielversprechenden Starts stoppten sie diese Verhandlungen jedoch abrupt, als Bonn im Juli 1974 das Umweltbundesamt mit Sitz in West-Berlin einrichtete. Im Einverständnis mit der Sowjetunion sah die DDR dadurch das Viermächteabkommen über den Status Berlins verletzt und protestierte bis in die späten 1980er-Jahre vehement dagegen. Ost-Berlin habe von da an, so lange mit Bezug auf einen 1990 geprägten Begriff, gegenüber der Bundesrepublik eine »Nicht-Umweltpolitik« (S. 71) betrieben. Auf der internationalen Ebene aber, insbesondere im Zuge der KSZE-Verhandlungen und im Rahmen der Economic Commission for Europe der Vereinten Nationen (UN/ECE), habe nie Funkstille geherrscht. Dem 1974 von allen Anrainerstaaten inklusive der Bundesrepublik und der DDR unterzeichneten Ostseeabkommen folgten die umweltbezogenen Aktivitäten im KSZE-Prozess. Beide deutsche Regierungen, so lange, hätten sich je nach Thema mehr oder weniger engagiert an Debatten über Luftreinhaltung, Wald- und Gewässerschutz oder Müllvermeidung beteiligt und damit auf lange Sicht zur Bildung einer gesamteuropäischen »epistemic community« des Umweltschutzes beigetragen. Im Falle der Luftreinhaltung kam es sogar zur bekannten Genfer Konvention von 1979, die die DDR in den Folgejahren zunehmend internationalem Druck aussetzte, ihre Schwefeldioxyd-Emissionen zu senken und ihren äußerst restriktiven Umgang mit Umweltdaten zu ändern. Aufgrund enger werdender ökonomischer Spielräume und ideologischer Inflexibilität resultierte dieser Druck zwar weniger darin, genau diese Ziele zu erreichen. Doch wie bereits Tobias Huff, arbeitet auch Sophie Lange überzeugend heraus, dass sich dank solcher intensivierten internationalen Austauschprozesse der interne politische Handlungsspielraum des DDR-Umweltministeriums sukzessive erweiterte.

Der Hauptteil des Buches ist den 1980er-Jahren und den vielgestaltigen Beziehungen zwischen Akteuren beider deutscher Staaten gewidmet. Politischer Gegenwind unterbrach zwar immer wieder die direkten Kontakte beider Regierungen. Doch das Schweigen auf oberster Ebene konnte

³ Vgl. *Julia Ault*, *Saving Nature under Socialism. Transnational Environmentalism in East Germany, 1968–1990*, Cambridge 2021; *Astrid Eckert*, *West Germany and the Iron Curtain. Environment, Economy, and Culture in the Borderlands*, New York 2019; *Frank Uekötter*, *Ökologische Verflechtungen. Umriss einer grünen Zeitgeschichte*, in: *Frank Bösch* (Hrsg.), *Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000*, Göttingen 2015, S. 117–152.

durch die seit Ende der 1970er-Jahre sukzessive entstandenen Verbindungen auf niedrigerem Level und durch solche zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren in der BRD mit Aktivist*innen und mehr oder minder staatlich kontrollierten Umwelteinrichtungen und -verbänden in der DDR aufgefangen werden; der Dialog brach nie völlig ab. Ob Langes Bezeichnung dieses Phänomens als »Ökologisierung« und »ökologischer Verflechtung« (etwa auf S. 22 und 223) passend ist, wird angesichts der vielfältigen Motive, die hinter den Verhandlungen standen und die das Buch auch thematisiert, zu diskutieren sein. An der Tatsache an sich aber ist ebenso wenig vorbeizukommen, wie an dem im letzten Kapitel sehr kurz skizzierten Niederschlag, den die deutsch-deutschen Umweltverhandlungen im Einigungs- und Transformationsprozess hinterlassen haben.

Darüber hinaus verdeutlicht Lange zwei weitere wichtige Aspekte. Zum einen wird klar, dass die deutsch-deutschen Umweltverhandlungen zwar im Kontext des Kalten Kriegs stattfanden, mit dessen Entwicklung aber nicht zu allen Zeiten in gleicher Weise korrespondierten. In den 1970er-Jahren dienten sie überwiegend als Mittel der Entspannungspolitik. Doch die erneute Verschärfung des Ost-West-Konflikts in den frühen 1980er-Jahren ging konträr eher mit einer Verdichtung der deutsch-deutschen Umweltkontakte auf verschiedenen Ebenen einher. Zum anderen deutet Lange an, wie wenig bisher über die Zusammenarbeit der sozialistischen Länder im Umweltbereich bekannt ist, insbesondere jene im Rahmen des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Mit Blick auf eine zumindest in den 1970er-Jahren offenbar beabsichtigte Koordinierung von Umweltpolitik und Umweltschutztechnik innerhalb des RGW unterstreicht sie, welch fruchtbares Forschungsfeld die grenzüberschreitenden Austausch- und Verflechtungsprozesse in Ostmittel- und Osteuropa in Zukunft werden könnten.

Die empirische Dichte der Darstellung stellt zweifelsohne einen Gewinn von Langes Studie dar. Die detaillierten Erläuterungen zur komplexen Problemlage der Versalzung der Werra und zu den bergbaubedingten seismischen Bewegungen an der thüringisch-hessischen Grenze etwa sind im Einzelnen nötig, um die Argumentationen der Beteiligten nachvollziehen zu können. Gleichwohl hätten eine Straffung manch kleinteiliger Passagen und eine Konzentration auf das Argument den Lesefluss gefördert. Das gilt umso mehr, als vor allem die Kapitel III und IV, die mit fast 250 Seiten den empirischen Kern der Arbeit darstellen, konkrete Fallbeispiele – des Gewässerschutzes, der Luftreinhaltung und der Müllexporte in die DDR – mit kontextualisierenden Ausführungen zu anderen umweltrelevanten Kontakten und Verhandlungen vermischen, ohne dass immer deutlich ist, wie diese unterschiedlichen Phänomene und Prozesse miteinander in Beziehung standen.

Gleichwohl: Wer sich auf Langes Darstellung der vielfältigen Umweltverhandlungen einlässt, wird die Details schätzen lernen. Denn vor allem sie verdeutlichen, wie umweltbezogene Debatten über die deutsch-deutsche Grenze hinweg in den 1980er-Jahren Arbeitsroutinen und Vertrauen zwischen Expert*innen erzeugten, die die Regierungen in Bonn und Ost-Berlin zwangen, eigene Standpunkte zu verändern.

Zitierempfehlung

Martin Bemmann, Rezension zu: Sophie Lange, Deutsch-deutsche Umweltpolitik 1970–1990. Eine Verflechtungsgeschichte im internationalen und gesellschaftlichen Kontext des Kalten Krieges, De Gruyter Oldenbourg, Berlin/Boston 2024, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 64, 2024, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82012.pdf>> [14.8.2024].